

# WAHLBEOBACHTUNG IM SÜDOSTEN DER TÜRKEI

## EIN REISEBERICHT

**S**eit Mitte August hat sich der Konflikt zwischen der Türkei und der kurdischen Guerilla erneut zu einem Bürgerkrieg zugespitzt. Nur zwei Monate vorher fanden in der Türkei Parlamentswahlen statt. Die kurdische Bevölkerung sah in den Wahlen eine große Chance für eine friedliche Lösung des Konflikts. Ich war als Teil einer internationalen WahlbeobachterInnendelegation im Südosten der Türkei dabei.

Wir sind über 100 Menschen aus verschiedenen europäischen Ländern, die in diesem Jahr in die Türkei gereist sind um den Ablauf der Wahlen zu beobachten. Vorausgegangen war eine Bitte der kurdischen Partei des Friedens und der Demokratie (BDP) an verschiedene Organisationen in Europa WahlbeobachterInnen zu schicken. Von der BDP kandidieren einige Mitglieder als unabhängige KandidatInnen. Sie haben große Hoffnungen, dass die Wahl zu einer Demokratisierung der Türkei und einer Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts

beitragen kann, befürchten aber Behinderungen bei der Wahl. Diese Befürchtungen beruhen sowohl auf schlechten Erfahrungen vorangegangener Wahlen als auch auf der Tatsache, dass in den Monaten vor der Wahl über 2500 kurdische PolitikerInnen und AktivistInnen festgenommen worden sind. Einige KandidatInnen des Blocks wurden nicht zur Wahl zugelassen. Unsere Delegationen beobachteten in zehn Provinzen im Südosten der Türkei – der Region, in der hauptsächlich KurdInnen leben – die Situation vor Ort. In den Delegationen sind EuropaparlamentarierInnen, Bundestags- und Landtagsabgeordnete, WissenschaftlerInnen, MenschenrechtsaktivistInnen, GewerkschafterInnen und InternationalistInnen. Ich selbst war einem Aufruf von solid gefolgt, an der Delegation teilzunehmen.

### Ankunft in Diyarbakır

Die erste Station meiner Delegation ist Diyarbakır. Es ist die größte Stadt im Südosten der Türkei. Das Stadtbild ist geprägt von Armut, die Schätzungen zur Arbeitslosenquote schwanken, die Stadtverwaltung spricht von 70 %. Wie viele Menschen hier genau leben ist unklar; zu

viele wilde Siedlungen und schwarz gebaute Häuser. Man schätzt die EinwohnerInnenzahl auf knapp 1,5 Million. Viele sind Flüchtlinge aus den ländlichen Regionen, sie kamen hierher als ihre Häuser und Felder während des Bürgerkriegs niedergebrannt wurden.

Jetzt, wo wir in der Stadt sind, ist Wahlkampf. Es ist Donnerstagsabend, der 9. Juni 2011, am Sonntag finden die Parlamentswahlen statt. Die Türkei ist ein Land in dem politische Debatten wichtiger Bestandteil des Alltags sind, die Wahlbeteiligung liegt bei über 85 %. Diese hohe Wahlbeteiligung erklärt sich jedoch auch durch die bestehende Wahlpflicht.<sup>1</sup> Die verschiedenen Parteien stehen für unterschiedliche politische Konzepte.

Da gibt es Erdogans Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP), die islamisch konservativ ist, dann die kemalistische Republikanische Volkspartei (CHP), die für einen säkularen Staat und traditionell dem Militär nahe steht, weiterhin die faschistische Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), und den Block der Arbeit, des Frieden und der Freiheit. In ihm haben sich KandidatInnen der kurdischen BDP und verschiedener ArbeiterInnen- und linker Kleinstparteien zusammengetan um als unabhängige KandidatInnen, aber



mit einem gemeinsamen Programm und einem gemeinsamen Wahlkampf anzutreten. Grund dafür ist die 10 % Hürde, die mit der Verfassung von 1982 in der Militärdiktatur eingeführt wurde und noch heute gültig ist. Da keine der Parteien eine Chance hätte die 10 % Hürde zu überschreiten, treten sie als unabhängige KandidatInnen an um sich anschließend, nach einer Wahl ins Parlament, zu einer Fraktion zusammenzutun.

### Der Wahlkampf

Hier, in Diyarbakır, buhlen AKP und der Block um Wählerstimmen. Die MHP und die CHP scheinen zu wissen, dass für sie hier nichts zu holen ist.

Unsere WahlbeobachterInnendelegation steht auf dem Dag Kapi Platz, wo gerade etwa 1500 Männer ihre bunten Teppiche zum Gebet auf dem Asphalt ausbreiten. Das Gebet im Freien dient nicht nur

<sup>1</sup> Zur Wahlpflicht allgemein: Karl Marxen, Forum Recht 2011, 22 ff.

der Religionsausübung, sondern wird gerne als Zeichen des Protestes genutzt. Das gerade beginnende Gebet richtet sich gegen die AKP-Regierung, die ihren ideologisch-religiösen Einfluss in den Moscheen dadurch absichert, dass nur von der staatlichen Religionsbehörde zugelassene Imame predigen dürfen. Und natürlich ist es auch ein Versuch des Blocks, eher konservative Kurden dazu zu bewegen, einen unabhängigen Kandidaten zu wählen. Um den Platz herum stehen gepanzerte Polizeifahrzeuge. Als das Gebet beendet ist kommt ein Mann auf uns zu und spricht uns an: „Ihr seid doch Europäer. Sagt in Europa, dass wir diesen Krieg nicht mehr wollen, wir leiden unter ihm. Europa und die NATO sollen aufhören diesen Krieg zu unterstützen.“ Er erzählt von den Gefechten in den Bergen, von den Massenverhaftungen, den Schüssen auf DemonstrationsteilnehmerInnen, den Dorfverbrennungen und der Armut und dem Verbot die kurdische Sprache zu sprechen. Das alles ist für ihn ein Teil des Krieges. Nachdem wir uns verabschiedet haben, besuchen wir weitere Wahlkampfveranstaltungen um die Situation vor der Wahl besser einschätzen zu können. Es findet ein Autokorso der BDP statt, an dem so viele Menschen teilnehmen, dass die Straßen der Stadt völlig verstopft sind. Selbst in den Slums findet eine Wahlkampffeier statt bei der kurdische Musik gespielt und getanzt wird.

#### Im militärischen Operationsgebiet

Wir haben Diyarbakır verlassen und sind nun auf dem Weg nach Hakkari, wo wir den Tag der Parlamentswahl verbringen werden. Vorher begleiten wir einen anderen Delegationsteil nach Sirnak. Hakkari und Sirnak liegen im militärischen Operationsgebiet. Kurz vor Sirnak werden wir an einem militärischen Kontrollposten angehalten. Unsere Pässe werden kontrolliert, wir müssen aussteigen. Die Soldaten sind jung, sie tragen Sturmgewehre aus deutscher Produktion. Wir dürfen weiterfahren, werden aber noch an drei weiteren Checkpoints kontrolliert. Als wir morgens um 4 Uhr Hakkari erreichen und aussteigen, kommen drei gepanzerte Polizeifahrzeuge in hohem Tempo auf uns zugefahren. Acht Polizisten in Zivil steigen aus, sie gucken grimmig, fordern aggressiv unsere Ausweise, es dauert lange. Einer der Polizisten spricht deutsch, das ist in dieser Region, in der kaum einer eine Fremdsprache spricht, eher kein Zufall. Es gibt einen Wortwechsel zwischen einem Jungen der mit uns mitfährt und den Polizisten, schon wird er ans Auto gestoßen. Sie wollen ihn festnehmen. Auf unseren lautstarken Protest hin wird er dann doch laufen gelassen. Unser Dolmetscher erzählt uns später, sie hätten ihn respektlos gefunden, weil er die Hände in den Taschen hatte und wollten ihn allein deswegen festnehmen.

#### Das Wahlrecht in der Türkei

Bei den Wahlen zum türkischen Parlament werden die 550 Abgeordneten alle vier Jahre im einfachen Verhältniswahlrecht gewählt. Das Parlament in der Türkei hat ähnliche Aufgaben wie in Deutschland

der Bundestag, beispielsweise Gesetze verabschieden, völkerrechtliche Verträge ratifizieren und über Krieg und Frieden zu entscheiden. Außerdem sollen die Wahlen allgemein, frei, gleich, geheim und unmittelbar durchgeführt werden. Die Abgeordneten besitzen Immunität. Der bekannteste Unterschied zur Wahl in Deutschland ist die 10 % Hürde in der Türkei. Außerdem ist der Parteienpluralismus durch den in der Verfassung verankerten Kemalismus stark eingeschränkt. So ist es beispielsweise nach Art. 81 des türkischen Parteiengesetzes Parteien untersagt „Minderheiten zu schaffen“ bzw. zu behaupten, dass es in der Türkei Minderheiten gäbe.<sup>2</sup> Auch ist das Sprechen einer Nicht-türkischen Sprache im Parlament verboten, schon mehrere PolitikerInnen wurden wegen Kurdisch-Sprechens im Parlament zu Haftstrafen verurteilt.<sup>3</sup> Weiterhin dürfen gem. Art. 96 des Parteiengesetzes keine Parteien gegründet werden, die beispielsweise „kommunistisch“, „anarchistisch“ oder den Namen einer Religion im Namen tragen. Verstöße gegen dieses restriktive Parteiengesetz können zu einem Parteiverbot führen. In den letzten fünfzig Jahren wurden mehr als zwanzig Parteien in der Türkei verboten.<sup>4</sup> Einige der Verbotsverfahren wurden vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte überprüft, da die Türkei die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) unterzeichnet hat und Art. 11 EMRK auch die politische Parteienfreiheit schützt<sup>5</sup>; teilweise wurde ein Verstoß gegen die EMRK festgestellt.

#### Der Wahltag

Nun ist es soweit. Wir beginnen unsere Wahlbeobachtung morgens im Büro der BDP, es wird laut durcheinander geredet, die ersten WählerInnen monieren Unzulänglichkeiten bei der Wahl. Wir begleiten sie in ein Wahllokal. Die Menschen beanstanden, dass Polizisten direkt neben der Wahlurne stehen und nicht den vorgeschriebenen

Abstand einhalten. Dieser ist erst vor ein paar Tagen gesetzlich von 100 auf 20 Meter verringert worden. Ein Kandidat beruhigt die Menge und auch die Polizisten ziehen sich etwas zurück. Daran, dass etwa 60 Polizisten, teilweise bewaffnet mit Gasgranaten, im Wahllokal patrouillieren, ändert sich hingegen nichts. Auch dass WählerInnen von der Polizei gefilmt werden und Polizisten mit Gewehren vor dem Wahllokal stehen, scheint hier die übliche Praxis zu sein. Uns wird von den WählerInnen gesagt, wir sollen besser raus in die Dörfer fahren, dort gäbe es Wahlbetrug, hier hätten sie alles im Griff. Ein Teil

der Delegation und ich fahren in Richtung Yüksekova. Auf dem Weg können wir beobachten, dass in vielen Dörfern um Hakkari Militärfahrzeuge vor den Wahllokalen stehen, die repressive Stimmung ist deutlich zu spüren.

In Yüksekova selbst ist die Situation entspannter als in und um Hakkari. Dennoch entsprechen die Wahlen in keiner Weise dem Standard freier und demokratischer Wahlen. Auch hier ist viel Polizei und Militär auf den Straßen. Einige Wahllokale wurden kurzfristig umgelegt, sodass Unklarheit herrscht, wer wo seine Stimme abgeben kann. Die Wahlzettel sind ebenso wie in den gesamten anderen



Foto: Milena Hildebrand

kurdischen Regionen tendenziös: Während die Parteien in gut leserlicher Schriftgröße und mit einem Symbol abgebildet sind, sind die unabhängigen KandidatInnen am Rand des Zettels und sehr klein geschrieben (ca. Schriftgröße 8) abgebildet. Insbesondere für WählerInnen, die nicht Schreiben und Lesen können, ist die Situation unhaltbar, da die WahlhelferInnen häufig die Wahlzettel entgegen den Vorschriften nicht erklären. Weiterhin werden die Briefumschläge, in die die WählerInnen ihren Stimmzettel steckten, oft nicht zugeklebt, was eine Wahlfälschung vereinfacht. Doch es gibt auch Probleme, die am Wahltag selbst nicht beobachtet werden können: Bei der Briefwahl ist es nur möglich, Parteien zu wählen, nicht aber die unabhängigen KandidatInnen. Für Tausende im Ausland lebende TürkInnen und KurdInnen bedeutet dies, dass sie entweder in die Türkei fliegen müssen um zu wählen oder die eingeschränkte Auswahl hinnehmen müssen.

Wir verlassen Yüsekova und besuchen das kleine Dorf Suüstu. Vor dem Wahlgebäude stehen Militärfahrzeuge und bewaffnete sogenannte „Dorfschützer“ (Paramilitärs). Niemand möchte mit uns reden, wir haben das Gefühl, dass die Bevölkerung stark eingeschüchtert ist. Dann tritt ein Mann an uns heran. Er berichtet uns, dass er vom Ağa<sup>6</sup> aufgefordert worden sei die AKP zu wählen und dass ihm Gewalt durch die Dorfschützer angedroht wurde, wenn er sich widersetzen würde. Auf Beschwerden über das Verhalten des Ağa bei den zuständigen Stellen sei nicht reagiert worden. Während der Mann uns berichtet, werden wir von mehreren bewaffneten Dorfschützern beobachtet.

### Der Wahlabend

Inzwischen haben wir Suüstu verlassen. Vor Ort haben wir darauf verzichtet uns die Stimmauszählung anzuschauen. Die Wahlurne wird hier in ein Militärfahrzeug gepackt, dann fährt das Fahrzeug in die nächste Stadt, dort wird die Urne der Polizei übergeben und zum Auszählungsbüro gebracht. Was auf den Fahrzeugen passiert, entzieht sich unserer Kontrolle, mitfahren dürfen wir nicht. Da wir hier nicht mehr viel tun können und die Fahrt am Abend durch die Berge gefährlich sein kann, beschließen wir, nach Hakkari zurückzukehren.

In Hakkari ist die Wahlfeier bei unserer Ankunft schon im vollen Gange. Es zeichnet sich ab, dass in dieser Stadt knapp 80 % der Stimmen an den Block gehen. Insgesamt werden 36 der unabhängigen KandidatInnen ins Parlament einziehen. Aber die AKP war ebenfalls sehr erfolgreich, auch hier in den kurdischen Gebieten. Türkeiweit wird sie 49,85 % der Stimmen erreichen, womit sie knapp ihr Ziel verfehlt, alleine eine verfassungsändernde Mehrheit zu erlangen.

In Hakkari geht es gerade relativ friedlich zu, aber wir trauen dem Frieden nicht und sitzen gespannt vor dem Fernseher und schauen, wie der Abend in den anderen Orten verläuft. Schon hört man erste Berichte aus Van, dort gäbe es brutale Ausschreitungen. Wir telefonieren mit der Delegation in Van, sie berichten, sie trauen sich nicht aus ihrem Hotel, hätten aber durchs Fenster sehen können, dass Poli-

zisten durch die Stadt marschiert seien und dabei militärische Parolen skandiert hätten und Sturmgewehre über ihren Köpfen geschwungen hätten. Dann hätten die Polizisten einen Kleinbus angehalten und mit ihren Schlagstöcken sämtliche InsassInnen verprügelt.

Plötzlich ein Anruf aus Sirnak. Eine Delegationsteilnehmerin erzählt völlig aufgelöst: „Wir waren in der feiernden Menge, als es einen lauten Knall gab. Zuerst dachten wir, es sei eine Gasgranate und rannten weg. Doch es kam kein Rauch. Wir liefen zurück. Dort war überall Blut.“ Die Delegierten waren zehn Meter entfernt von dem Ort, an dem die Handgranate in der Menge explodierte. Zwölf Personen wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Die Verletzten wurden ins Krankenhaus gebracht, wohin sich auch die WahlbeobachterInnen aufmachten. Dort konnten sie beobachten, wie die Polizei das Krankenhaus mit Gasgranaten beschoss. Auf dem Rückweg wurden sie selbst mit Tränengas beschossen.

Einer der Wahlbeobachter ist Bundestagsabgeordneter der Partei Die Linke. Er jagt die Nachrichten über seine Presseverteiler. Wir hoffen, dass dieser Vorfall es zumindest aufgrund seiner Prominenz in die Berichterstattung schafft und so der türkisch-kurdische Konflikt in der deutschen Öffentlichkeit wahrgenommen wird.

### Milena Hildebrand studiert Jura in Berlin.

Weiterführende Informationen:

**Informationsstelle Kurdistan**, <http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/> (Stand: 20.09.2011).

**Anne Steckner / Corinna Trogisch**, Parlamentswahlen in der Türkei: Gesellschaftliche Allianzen «von oben» und «von unten» abrufbar unter: <http://www.rosalux.de/publication/37612>.



Foto: Milena Hildebrand

<sup>2</sup> Siehe Law no. 2820 on the regulation of political parties.

<sup>3</sup> <http://www.derwesten.de/waz/politik/Bruderschaft-der-Sprachen-ist-fern-id811290.html> (Stand aller Links: 20.09.2011).

<sup>4</sup> <http://www.sueddeutsche.de/politik/tuerkei-lange-tradition-der-parteeiverbote-1.584933>.

<sup>5</sup> Urteil des EGMR zu TBKP vs. Türkei, abrufbar unter: [http://www.menschenrechte.ac.at/orig/98\\_1/TBKP.pdf](http://www.menschenrechte.ac.at/orig/98_1/TBKP.pdf).

<sup>6</sup> Der Ağa ist ein Grundbesitzer, dessen Land von der Bevölkerung für schlechten Lohn bearbeitet wird und der aufgrund seiner Stellung regional sehr mächtig sein kann. Offiziell ist das Ağa-System in der Türkei abgeschafft.